

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Schwerpunkt des vergangenen Plenums vom 28. bis 30. Januar 2020 lag auf der Beratung des **Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020**. Unsere Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, hat in ihrer Grundsatzrede die Schwerpunkte der SPD dargelegt und die einzelnen Fachsprecherinnen und Fachsprecher haben für ihre jeweiligen Bereiche noch einmal „nachgelegt“.

Für die SPD stehen immer die Menschen an erster Stelle. Dies gilt natürlich in besonderem Maße, wenn wir einen Haushalt beraten und damit unsere Ideen und Projekte finanziell unterfüttern. Ein Haushaltsentwurf ist aber auch immer ein Statement für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Ein guter Landeshaushalt beschreibt im besten Fall in Zahlen, mit welchen klugen Investitionen, mit welchen entschiedenen finanziellen – und damit auch: politischen – Weichenstellungen die Landesregierung plant, um eine gute Zukunft für das Land und für seine Menschen zu gestalten.

Nichts davon findet sich im Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2020. Dieser Haushaltsentwurf bietet keine Idee für die Zukunft unseres Landes. Von der CDU sind wir das gewohnt, bei den Grünen hatten wir noch ein Fünkchen Hoffnung, dass es anders würde. Stattdessen müssen wir mit diesem Haushaltsentwurf über ein Sammelsurium von teuren Einzelwünschen der Koalitionspartner und der Kabinettsmitglieder debattieren. Dafür gibt es sogar ein „Bonmot“: Schönwetterhaushalt.

Solch einen Schönwetterhaushalt bekommt man, wenn drei Faktoren zusammentreffen.

Erstens: Viel Steuergeld. Zweitens: Wenig Mut und Ideenlosigkeit. Drittens: Eine knappe Parlamentsmehrheit

Der Finanzminister Schäfer hat in diesem Jahr, nach eigener Rechnung, 1,1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als im Jahr davor. Was könnte eine Landesregierung, die einen Plan für die Zukunft hat, damit gestalten!

Man könnte in den Bau von bezahlbarem Wohnraum investieren – aber Schwarzgrün tut das nicht. Man könnte Studienplätze für Medizinerinnen und Mediziner, für Lehrerinnen und Lehrer

schaffen – aber Schwarzgrün tut das nicht. Man könnte beschließen, dass das Land seinen gerechten Anteil an den Kosten für die Krippen und Kitas übernimmt – aber Schwarzgrün tut das nicht. Man könnte wenigstens versuchen, die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern und den ÖPNV ausbauen– aber auch das tut Schwarzgrün tut nicht.

Stattdessen versickert bei Finanzminister Schäfer das Geld einfach so in einem Haushalt, der nichts gestalten, sondern nur den Koalitionsfrieden erhalten will. Und am Ende lässt er nicht nur über eine Milliarde Mehreinnahmen ohne erkennbare Wirkung verschwinden, er nimmt sich auch noch mehr als eine halbe Milliarde aus der Rücklage, die ebenso ergebnislos in diesem Haushalt verpufft.

Besonders offensichtlich wird das Versagen der Landesregierung im **Bildungsbereich**. Was nützen die meisten Planstellen aller Zeiten, auf die Bildungsminister Lorz gerne regelmäßig verweist, wenn die Stellen nicht besetzt werden können, weil die Qualifizierung fehlt?

Schon in 2019 waren zum Ende des dritten Quartals Stellen im Volumen von 29 Millionen Euro nicht besetzt. Der Haushalt ist also überfinanziert und aufgebläht. Wir setzen im Haushalt stärker auf die Qualifizierung von Lehrkräften und auf Investitionszuschüsse für Schulen/Schulträger. Das ist dringend notwendig, weil das HKM selbst erst kürzlich auf unseren Druck zugeben musste, dass 4900 Lehrkräfte, also fast ein Zehntel, über keine Lehrbefähigung verfügen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat für den Bildungssektor darüber hinaus noch weitere Schwerpunkte:

- Schulsozialarbeit aus einem Guss
- Steigerung der Ausbildungskapazitäten an den Unis
- Stärkung des Fortbildungsbudgets der Schulen
- Bessere Rahmenbedingungen im Quereinstieg für Lehrkräfte, um die Attraktivität der Programme zu steigern
- A13 für Grundschullehrkräfte.

Ein zentrales Anliegen der SPD ist nach wie vor die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Deshalb halten wir an einer vollständigen Gebührenabschaffung fest, denn es handelt sich um

eine elementare Bildungsaufgabe, die eigentlich keine Gebühren kennen sollte. Wir wollen in einem ersten Schritt die Gebühren für das letzte Krippenjahr abschaffen. Hohe Krippengebühren halten Kinder aus ärmeren Familien von früher Bildung fern und verschlechtern ihre späteren Bildungschancen. Auch in diesem Punkt ist Hessen übrigens nicht vorn. Rheinland-Pfalz ist diesen Weg schon gegangen und Mecklenburg-Vorpommern hat vor kurzem sämtliche Gebühren im Kita-Bereich abgeschafft. Das Abschaffen der Gebühren ist eine einzigartige Verstärkung des Einkommens der Eltern und damit ein wirksames Instrument der Familienförderung.

Mit den Kosten für diese Maßnahme dürfen aber die Kommunen nicht belastet werden. Deshalb wollen wir die Betriebskosten der Kommunen auf ein Drittel reduzieren. Im Moment tragen sie weit mehr als die Hälfte. Das ist für viele Kommunen in Hessen der Grund für ein strukturelles Defizit in ihren Haushalten.

Wer sich dafür entscheidet, hauptberuflich Kinder zu betreuen, der lässt sich auf einen extrem stressigen Job ein. Jede, die – und jeder, der – das tut, verdient Respekt, Dank und Anerkennung. Vor allem aber sollten angehende Erzieherinnen und Erzieher vom ersten Tag ihrer Ausbildung an für ihre Arbeit bezahlt werden. Wir brauchen endlich eine Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher – wie in jedem anderen Beruf auch. Wenn wir die Erzieherinnen und Erzieher – ob in der Ausbildung oder im Beruf – nicht besser bezahlen und insgesamt besser behandeln, dann werden die Kitas nie genug Personal haben. Aber auch hier fehlen jegliche Konzepte der Landesregierung!

Soziale Sicherheit bedeutet für uns, dass nicht nur die Jüngsten in unserer Gesellschaft angemessen gefördert werden, sondern auch Sicherheit im Alter. Der Mindestlohn, wie wir ihn heute haben, reicht gerade so aus, um zu verhindern, dass arbeitende Menschen weniger als die Grundsicherung verdienen.

Der gesetzliche Mindestlohn von 9,35 Euro reicht aber nicht aus, um Altersarmut zu verhindern, schon gar nicht in den Ballungsräumen. Aus diesem Grund setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für einen Mindestlohn von 13 Euro ein.

Ein **Landes-Mindestlohn** bedeutet, dass das Land Hessen beim eigenen Personal mit **13 Euro pro Stunde** anfängt. Das wäre ein starkes Signal an die eigenen Bediensteten und an die Wirtschaft. Und es würde im Jahr gerade einmal 500.000 Euro kosten – ein Betrag, über den man sich angesichts des Gesamtvolumens des Landeshaushaltes eigentlich gar nicht streiten müsste.

In Brandenburg übrigens haben die SPD und – Achtung! –Grüne und CDU gerade einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem genau das drinsteht: Einen Landesmindestlohn im Vergabe- und Tariftreuegesetz von 13 Euro pro Stunde.

Auch in der **Umweltpolitik und beim Klimaschutz** wird deutlich, dass diese Landesregierung völlig blank dasteht, wenn es um Zukunftskonzepte geht. 140 Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz ergeben eben noch keine Strategie, auch wenn die Landesregierung das so darzustellen versucht. Besonders deutlich wird das daran, dass Hessen seine selbstgesetzten Klimaschutzziele deutlich verfehlt. Schuld sind immer andere: In diesem Fall der Bund. Das kommt davon, wenn man Dinge, die man gar nicht selbst gestalten kann, als eigene Maßnahme zu verkaufen versucht. Auch hier hätte man erwarten können, dass es unter grüner Regierungsbeteiligung zumindest besser wird als es bisher gewesen ist.

Auch beim Versagen der Lebensmittelüberwachung im Fall der Firma Wilke sind nur andere schuld, obwohl das Ministerium die nötigen Maßnahmen nicht rechtzeitig auf den Weg gebracht hat.

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Anträge auf drei Handlungsfelder konzentriert: Wald, Wasser und Lebensmittelkontrolle.

- Während die Regierung bei der Lebensmittelkontrolle mehr Geld für Häuptlinge im Ministerium will, fordert die SPD mehr Stellen für Indianer, die schon heute mit der konkreten Arbeit vor Ort überlastet sind.
- Wir wollen neben einer allgemeinen Aufstockung der Mittel für den Waldbau insbesondere die Verkehrssicherung auskömmlich finanzieren, damit man Wald sicher betreten kann.

- Da die Niederschläge im Zuge des Klimawandels vermutlich weiter abnehmen, wollen wir zur Vorsorge über eine Wasserabgabe einen Anreiz setzen, den Verbrauch im kommerziellen Bereich zu reduzieren.“

Alle Änderungsanträge der SPD-Landtagsfraktion wurden von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Die Generaldebatte zum Haushalt 2020 findet ihr [hier!](#)

Am Plenardonnerstag wurde unter der Überschrift „Rechtmäßige Verwendung von Steuergeldern durch staatlich subventionierte, gemeinnützige Vereine der freien Wohlfahrtspflege – Prüfung aller Vereine der Arbeiterwohlfahrt in Hessen“ lange und teilweise sehr hetzerisch über die Vorgänge bei den **AWO** Kreisverbänden Frankfurt und Wiesbaden diskutiert. Pikanterweise kam der Antrag dazu von der AfD. Dass es dieser Partei aber nicht um Aufklärung, sondern wirklich um Verunglimpfung und Hetze ging, zeigt sich vor allem darin, dass der entsprechende Antrag dazu auch in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gestellt wurde.

Gernot Grumbach hat für die SPD-Landtagsfraktion sehr deutlich klargestellt, dass es hierzu eine klare, eindeutige Position gibt, vor allem, weil der SPD die Vorgänge natürlich sehr viel näher gehen als anderen. Wer klare Maßstäbe hat, hat kein Problem mit der Situation umzugehen. Und diese klaren Maßstäbe gibt es. Nicht nur auf der Ebene der Kreisverbände und des Bezirks, auch auf der Ebene des Bundesverbandes.

Natürlich müssen alle Karten auf den Tisch gelegt werden. Dazu gehören u.a. die Überprüfung aller betroffenen Arbeitsverträge, die Dienstwagenregelung, Finanzkonstruktionen und die Grundstücksgeschäfte. Die AWO hat dafür bundesweit einheitliche Regelungen. Allen Beteiligten ist schnellstmöglich zu kündigen, was u.a. bei Jürgen Richter jetzt erfolgt ist. Rückforderungen, wo das rechtlich möglich ist und ein Rücktritt und Neuanfang für die Verantwortlichen. Wichtig ist auch eine Überprüfung und notfalls auch Anpassung der internen Regeln.

Der AWO-Bezirksverband etwa hat sich hierfür Unterstützung geholt. Neben dem Bundesvorsitzenden der AWO, Wolfgang Stadler, der seine Unterstützung und die des Bundesverbandes zugesagt hat, gibt es eine „Task Force“ zur Aufarbeitung der Vorkommnisse. Herta Däubler-Gmelin wird diesen Prozess koordinieren und überwachen. Auf ihren Vorschlag wurde mit Deloitte eine renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt jeden Vorgang unter die Lupe zu nehmen. Weitere Unterstützung kommt von Sylvia Schenk, die als Juristin und ihrer Arbeit für Transparency International prädestiniert für diese Aufgabe ist.

Es wird also wirklich alles Notwendige dafür getan, die Vorgänge aufzuklären und vor allem die Veränderungen vorzunehmen, damit sich so etwas nicht wiederholen kann. Dafür braucht es keinen Antrag der AfD, der eben nicht gestellt wurde, um genau dies zu fordern, sondern um zu verunglimpfen und zu hetzen. Dass sie damit auch alle Mitglieder und ehrenamtlich Tätigen sowie alle rechtschaffenden Angestellten der AWO unter einen perfiden Generalverdacht stellen, interessiert diese Partei nicht im Geringsten.

Die Menschen, die in den Kleiderkammern, in der Jugendarbeit, in der sozialen Hilfe, in der Altenpflege, in der Kinderbetreuung ehren- und hauptamtlich beschäftigt sind, leisten harte und wichtige Arbeit, sie sorgen dafür, dass es Menschen bessergeht. Sie opfern ihre Freizeit und legen Überstunden ein. Da stellt man sich schon die Frage, warum die AfD solch einen Antrag stellt – in mehreren Parlamenten, auch dort, wo es keinerlei Unregelmäßigkeiten gab. Das dahinter eine politische Motivation steckt drängt sich förmlich auf. Vielleicht passt es ihr nicht, dass sich die AWO deutschlandweit in der Flüchtlingshilfe engagiert und einen klaren Umgang mit rechtem Gedankengut pflegt. Vielleicht liegt es auch an dem Unvereinbarkeitsbeschluss, den die AWO gefasst hat. Das sind in der Tat nur Vermutungen, aber die Debatte im Parlament lässt genau diesen Schluss zu.

Für die SPD gilt: Aufklärung und notwendige Veränderungen unterstützen wir – undifferenzierte Hetze nicht!

Die gesamte Debatte kann [auf der Internetseite der Hessenschau](#) nachverfolgt werden.

Wir wünschen euch, obwohl wir schon Anfang Februar haben, noch ein gutes Jahr 2020 mit viel Glück, Gesundheit und persönlichem sowie beruflichem Erfolg!

Mit solidarischen Grüßen



Gernot Grumbach
Landtagsabgeordneter



Turgut Yüksel
Landtagsabgeordneter